

Kreistags-Fraktion DIE LINKE Birkenfeld lehnt Haushalt 2012 ab – Kommunaler Entschuldungsfonds verstößt gegen Grundgesetz

Haushalts-Rede von Tanja Krauth vom 30.01.2012 im Kreistag Birkenfeld

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Landrat,

die Mitarbeiter der Kreisverwaltung und auch Sie, Herr Dr. Schneider haben bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfes ihr Bestes gegeben - das findet auch unsere Anerkennung.

Leider sind Ihre Handlungsmöglichkeiten durch Bundes- und Landesgesetze stark eingeschränkt.

An der Finanznot des Kreises hat sich im Prinzip nichts geändert.

Einziges Ergebnis der Gemeindefinanzkommission ist die Entlastung der Kommunen bei der Grundsicherung im Alter.

Die Bundesregierung hat erklärt, die Kosten hierfür schrittweise und ab 2014 ganz zu übernehmen. Das wäre zu begrüßen, wenn nicht andere Entscheidungen dies ins Gegenteil verkehren würden.

Die Übernahme der Kosten soll durch eine drastische Reduzierung der Bundesbeteiligung an der Arbeitsförderung refinanziert werden. Durch diesen „**Kuhhandel**“ werden weniger Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung stehen, was zu Lasten von Arbeits- und Erwerbslosen geht.

Viele der 2011 auf Kreisebene beschlossenen und angeregten Maßnahmen finden unsere Zustimmung und wurden auch durch Unterstützung der LINKEN auf den Weg gebracht.

Auch wenn durch das Weiterbestehen des Truppenübungsplatzes Baumholder, der als BOMBODROM angesehen werden muss, die wirtschaftliche Entwicklung des Kreises massiv behindert und die Lebensqualität stark beeinträchtigt wird, gibt es positive Entwicklungen, die weitergeführt werden müssen.

Zu nennen sind hier exemplarisch das vorbildliche Engagement des Kreises und der Verbandsgemeinden auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien. Auf fast allen kommunalen Dachflächen wurden Photovoltaik-Anlagen installiert.

Das „Symposium zur Energieagentur“ zeigte, wohin der Weg regionaler Wertschöpfung durch den Einsatz regenerativer Energien gehen kann.

Ein möglicher Nationalpark bietet neben den Aspekten des Naturschutzes ein erstklassiges Marketinginstrument, neue Chancen im Tourismusbereich und einen Standortvorteil für Unternehmen im Kreis.

Wir begrüßen es, dass Herr Dr. Schneider die Zustimmung des Kreises von einer Bürgerbefragung abhängig machen will. **Das ist direkte Demokratie!**

Der „Modellprozess Mitmachen“ wurde mit großem Engagement auf den Weg gebracht, eine Vielzahl von Ideen bereits gesammelt.

Wäre das „Agenda 21“-Projekt vor Jahren nicht gestoppt worden, wären wir heute allerdings schon ein ganzes Stück weiter!

Wenden wir uns jetzt aber den Themen **Kommunaler Entschuldungsfonds und Erhöhung der Kreisumlage** zu.

In der letzten Haushaltsrede hat DIE LINKE aufgezeigt, dass der „Entschuldungsfonds“ massiv in die kommunale Selbstverwaltung eingreift und in höchstem Maße antidemokratisch ist sowie gegen Artikel 28 (Absatz 2) des Grundgesetzes verstößt, der die kommunale Selbstbestimmung garantiert.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung wollte die Polizei im Kreis Birkenfeld handlungsunfähig machen und die Mittel der Feuerwehren reduzieren.

Die Teilnahme am Entschuldungsfonds wird mit ähnlichen Einschnitten verbunden sein.

Sie wird dazu führen, dass den Kommunen noch weniger Geld zur Verfügung steht - letztendlich wird **mit einer solchen Schuldenbremse der Sozialstaat zerschlagen**.

Als kleines Beispiel sei das **Idar-Obersteiner Schwimmbad-Drama** genannt: Die Teilnahme am Entschuldungsfonds bewirkt, dass die Stadt das geplante Schwimmbad nicht bauen kann.

Für Gering- und Normalverdiener geht damit ein weiteres Stück Lebensqualität verloren. **Vermögende kümmert das wenig - die haben ihren eigenen Swimming-Pool!**

Die Schulden der einen sind die Gewinne der anderen. In Deutschland werden heute Unternehmen und Vermögende gering besteuert und Banken bezuschusst.

Banken sind angeblich systemrelevant, Kommunen anscheinend nicht.

Mit den Steuersätzen der Kohl-Ära hätten wir heute auf allen Ebenen 100 Milliarden mehr. Dann müssten wir nicht über fehlende Schwimmbäder oder eine „Schuldenbremse“ reden.

Der Kreis Birkenfeld will sich die Teilnahme am Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz mit einer drastischen Anhebung der Kreis-Umlage erkaufen. Im Konsolidierungsvertrag erfahren wir unter § 3 Konsolidierungsmaßnahmen, Absatz 2, dass die aktuell im Kreis diskutierten Konsolidierungsmaßnahmen **nur als Einstieg** zu sehen sind.

Bei höheren Kreditzinssätzen oder geringeren Steuereinnahmen können **jederzeit** weitere Einschnitte durch Gebührenerhöhungen und Leistungstreichungen erfolgen.

Z.B. Kreisumlage, Verwaltungs- bzw. Benutzungsgebühren, Stellenabbau, Zuschüsse im Kultur- und Sportbereich.

Das könnte konkret bedeuten, dass die freiwilligen Projekte des Kreises wie etwa die Wirtschafts-, Tourismus- und Kulturförderung oder die Jugendfreizeitstätte Hattgenstein, die Kreismusikschule und die Kreisvolkshochschule auf den Prüfstand kämen und abgeschafft werden müssten!

Die Verwaltung geht in ihrem Vorbericht zum Kreishaushalt 2012 davon aus, dass angesichts der Staatsschuldenkrise die Risiken für einen neuen Konjunkturereinbruch gestiegen sind. **Das gerade aufgezeigte Szenario ist also durchaus möglich!**

Die angedachte Umstrukturierung des Kreismedienzentrums darf nicht zu Lasten von Medienbildung, schulischer und außerschulischer Bildung, Jugend-, Sozial- und kommunaler Kulturarbeit gehen.

Vermittlung von Medienkompetenz an Lehrer, Schüler und andere ist von großer Bedeutung. Medienkompetenz bedeutet zum Beispiel auch, dass als Reality-Shows verkaufte TV-Sendungen von den Zuschauern nicht für Realität gehalten werden.

Ausgehend vom Internet-Auftritt www.kreismedienzentrum-birkenfeld.de kann man im Vergleich mit anderen Kreisen, z.B. Bad Kreuznach, feststellen, dass erhebliches Entwicklungspotential nach oben ist.

Aus Sicht der LINKEN Kreistags-Fraktion ist es dringend erforderlich die Arbeit des Medienzentrums den in anderen Kreisen üblichen Standards anzupassen!

Zur **drastischen Erhöhung der Kreisumlage** gibt es Alternativen:

Eine andere Steuerpolitik auf Bundes- und Landesebene und mehr Entscheidungsrechte der Kommunen bei den Gesetzgebungsverfahren sind dringend notwendig. Unternehmen müssen ehrlich besteuert und der Steuerwettbewerb unter den Kommunen muss begrenzt werden. Von einer Vermögenssteuer könnten die Kommunen ganz unmittelbar mit Milliardenbeträgen profitieren.

Setzen Sie sich in den Gremien Ihrer Parteien ein:

- für eine Umwandlung der Gewerbesteuer in die Gemeindefinanzsteuer, in der die Steuerpflicht für Kapitalgesellschaften, gewerbliche Unternehmen und alle selbstständig ausgeübten Tätigkeiten enthalten ist.
- für die Erhaltung der Grundsteuer als wichtige kommunale Einnahme.
- für die Erhöhung der Bemessungsgrundlage von Bund und Ländern für die Kommunen.

Da auf der Einnahmeseite durch CDU, SPD, FDP und Grüne auf Landes- und Bundesebene den Kreisen nach wie vor eine nachhaltige Verbesserung der Haushaltssituation verweigert wird sieht die LINKE erneut keine Notwendigkeit den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen und die Kommunen als letztes Glied in der Kette durch eine **drastische** Erhöhung der Kreisumlage auf 41,0 % zusätzlich zu belasten, oder um es deutlicher zu sagen, auszupressen! **Diese Erhöhung lehnen wir ab!**

Der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz befindet zur Zeit darüber, ob die Landesregierung beim **kommunalen Finanzausgleich** auf Kosten der Kommunen erneut verfassungswidrig gehandelt hat. Elf Landkreise klagen gegen das Land. Und in Nordrhein-Westfalen haben sich Städte zusammengeschlossen und das **Aktionsbündnis – Raus aus den Schulden** – gegründet. Städte, denen das Wasser bis zum Hals steht, wehren sich gegen die Schuldenfalle.

**Auch der Kreis Birkenfeld muss endlich neue Wege gehen.
Der Entschuldungsfonds ist ein Irrweg!**

Mit der Ablehnung des Kommunalen Entschuldungsfonds **befindet sich DIE LINKE übrigens in völliger Übereinstimmung mit SPD-Landtagsabgeordneten!**

Bei der letzten Veranstaltung des DGB Kreisverbandes hat sich nicht nur die Gewerkschaft sondern auch der saarländische SPD-Landtagsabgeordnete Eugen Roth sehr deutlich gegen eine Teilnahme am kommunalen Entschuldungsfonds ausgesprochen.

DIE LINKE stimmt dem Haushalt 2012 nicht zu.

Tanja Krauth
für die Kreistags-Fraktion
DIE LINKE Birkenfeld